

Deutschland und die Deutschen

1. Wie viele Einwohner hat Deutschland?

Ca. 82 Millionen.

2. Nennen Sie drei Flüsse, die durch Deutschland fließen!

Rhein, Donau, Elbe.

3. Nennen Sie drei deutsche Mittelgebirge!

Rhön, Taunus, Schwarzwald

4. Wie heißt die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland?

Berlin

5. Wie viele Bundesländer hat die Bundesrepublik Deutschland? Nennen Sie sieben Bundesländer und ihre Hauptstädte!

Insgesamt 16 Länder.

Sieben Bundesländer: Land Baden-Württemberg (Stuttgart), Freistaat Bayern (München), Land Berlin (Berlin), Land Brandenburg (Potsdam), Freie Hansestadt Bremen (Bremen), Freie und Hansestadt Hamburg (Hamburg), Land Hessen (Wiesbaden),

6. Nennen Sie drei Staaten, die an die Bundesrepublik Deutschland grenzen!

Frankreich, Polen, Österreich.

7. Welche Voraussetzungen muss man erfüllen, um deutscher Staatsbürger zu werden?

Voraussetzung ist in der Regel der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt von mindestens acht Jahren und eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis. Der Lebensunterhalt muss ohne Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II gesichert sein. Die bisherige Staatsangehörigkeit muss aufgegeben werden. Es dürfen keine Verurteilungen wegen schwerwiegender Straftaten (180 oder mehr Tagessätze) vorliegen. Der Einbürgerungswillige muss sich zu den Grundsätzen der Verfassung bekennen und über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

8. Nennen Sie drei Gründe, warum Sie deutscher Staatsbürger werden wollen!

Ich habe alle meine Verwandten und Freunde in Deutschland. Ich genieße Grundrechte wie Religionsfreiheit. Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land.

Grundlinien deutscher Geschichte

9. Was verstehen Sie unter dem Begriff "Reformation" und wer hat sie eingeleitet?

Reformation bezeichnet im engeren Sinn die in Deutschland von Martin Luther angestoßene Erneuerungsbewegung im Christentum, die zum Entstehen der Glaubensrichtung der Protestanten geführt hat.

10. Welche Versammlung tagte im Jahr 1848 in der Frankfurter Paulskirche?

Die Frankfurter Nationalversammlung

11. Die erste Republik mit demokratischer Verfassung in Deutschland wurde 1918 ausgerufen. Wie wird diese erste deutsche Republik genannt?

Weimarer Republik

12. Wann ging diese erste deutsche Republik zu Ende?

In der Geschichtsforschung wird allgemein die Zäsur des 30. Januar 1933 mit der Machtübernahme bzw. "Machtergreifung" Adolf Hitlers und seiner Partei NSDAP als Ende der Weimarer Republik angenommen. Diese Entwicklung war faktisch mit dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg beendet, als am 19. August 1934 nach einer Volksabstimmung die Ämter von Reichspräsident und Reichkanzler in der Person Adolf Hitlers vereinigt und die Reichswehr auf ihn vereidigt wurde.

13. In welchen Jahren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Deutschland eine Diktatur?

1933-1945.

14. Wie hieß die damals herrschende Partei?

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Abkürzung: NSDAP

15. Erläutern Sie den Begriff "Holocaust"!

Holocaust meint primär den durch die deutschen Nationalsozialisten systematisch betriebenen Völkermord an Juden, im weiteren Sinne auch an weiteren Nationalitäten und Personengruppen die als "unwertes Leben" eingestuft wurden.

16. Wenn jemand den Holocaust als Mythos oder Märchen bezeichnet: Was sagen Sie dazu?

Der Holocaust ist geschichtswissenschaftlich ohne jeden Zweifel belegt und wird nur von Geschichtsrevisionisten angezweifelt. Holocaustleugnung ist in Deutschland gemäß § 130 Abs. 3 StGB – Volksverhetzung und § 189 StGB – Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener strafbar.

17. Erläutern Sie den Begriff "Existenzrecht" Israels!

Das Existenzrecht Israels meint, daß die Menschen im Staat Israel in international anerkannten Grenzen frei von Angst, Terror und Gewalt leben können.

18. Welches Ereignis fand am 20. Juli 1944 statt?

Gescheitertes Attentat auf Adolf Hitler durch Graf Stauffenberg und andere.

19. Was geschah am 8. Mai 1945?

Formales Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa in Folge der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches durch Alfred Jodl am 7. Mai.

20. Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" war Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Wer waren die vier Besatzungsmächte?

Vereinigte Staaten von Amerika (USA), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Republik Frankreich, Union der sozialistischen Sowietrepubliken (UdSSR).

21. In welchem Jahr wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

1949.

22. Wie hieß der erste Bundeskanzler?

Konrad Adenauer.

23. Was bedeutet "DDR"?

Deutsche Demokratische Republik.

24. Welches Ereignis fand am 17. Juni 1953 in der DDR statt?

Volksaufstand gegen das sozialistische Regime, ausgelöst in der Arbeiterschicht durch eine als ungerecht empfundene Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Volksaufstand wurde durch sowjetische Truppen blutig und mit Panzern niedergeschlagen.

25. Was verstehen Sie unter dem deutschen "Wirtschaftswunder"?

Als Wirtschaftswunder wird in erster Linie der rasche Wiederaufbau und der andauernde ökonomische Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland nach der Währungsreform vom Juni 1948 bezeichnet.

26. Erläutern Sie den Begriff "Mauerbau" (1961 in Berlin)!

Durch die Stadt Berlin lief die damalige Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die DDR-Machthaber schlossen die Grenze durch eine hohe Mauer, weil immer mehr Bürger in die Bundesrepublik davonliefen.

27. Welcher deutsche Bundeskanzler bekam den Friedensnobelpreis?

Willy Brandt.

28. In welchem Jahr kam es zur deutschen Wiedervereinigung?

1990.

29. Nennen Sie die Bundesländer, die heute auf dem Gebiet der ehemaligen DDR existieren!

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

30. Der 9. November hat in der deutschen Geschichte eine besondere Bedeutung. Welche Ereignisse fanden statt a.) am 9.11.1938 und b.) am 9.11.1989?

a) Reichspogromnacht b) Öffnung der Berliner Mauer

Verfassung und Grundrechte

31. Wo sind die Grundrechte der deutschen Staatsbürger festgelegt?

In der Verfassung, genauer: in Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes sowie in Art. 20 Abs. 4 (Widerstandsrecht), 33 (Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten), 38 (Wahlrecht), 101, 103 und 104 (Justizgrundrechte) des Grundgesetzes.

Korrekturweise sind die Art. 1-19 GG in Menschen- und Bürgerrechte zu unterteilen, wobei Menschenrechte entsprechend auch für nichtdeutsche Staatsangehörige gelten (Bsp. Art. 1,2,3,4 etc.). Einige in der modernen Diskussion genannte Rechte, wie z.B. das Recht auf freien Zugang zu Trinkwasser, sind im Grundgesetz nicht niedergeschrieben.

32. Wie heißt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland?

Grundgesetz.

33. In welchem Jahr ist sie in Kraft getreten?

1949

34. Von wem geht in der Bundesrepublik Deutschland alle Staatsgewalt aus? Welche Vorteile ergeben sich daraus für die Bürgerinnen und Bürger?

Vom Volke, laut Artikel 20 Absatz 2 GG

Die Vorteile für die Bürger liegen darin,

* daß sie Parteien oder Politiker, die eine ihnen ungewollte Politik vertreten, in bestimmten Zeitabständen an den entsprechenden Wahlterminen wieder abwählen können.

* Indirekt bestimmen die Bürger also die Politik, die von den Regierenden gemacht wird, selber mit.

* Das Prinzip, die Staatsgewalt habe vom Volk auszugehen, bedarf indirekt einer Menge weiterer demokratischer Prinzipien, z.B. der Gewaltenteilung oder der Meinungsfreiheit, die die Grundlage dafür sind, daß der Bürger auch selbst entscheiden kann. Von diesen profitiert der Bürger natürlich auch.

Quelle: http://bundesrecht.juris.de/gg/art_20.html

35. Welches Recht schützt Artikel 1 der bundesdeutschen Verfassung?

Die Menschenwürde. Hintergrund: Grundrechte BRD, Quelle: http://bundesrecht.juris.de/gg/art_1.html

36. Wie heißt das höchste gesetzgebende Organ der Bundesrepublik Deutschland und wer bestimmt seine Mitglieder?

Bundestag.

Die Bundestagsabgeordneten werden zur Hälfte direkt und zur anderen Hälfte über Landeslisten der Parteien gewählt.

37. Unsere Verfassung garantiert Grundrechte. Nennen Sie vier!

(eine Auswahl:) Schutz der Menschenwürde, Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Gleichberechtigung vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, ... Nicht direkt in der Verfassung steht das Allgemeine Persönlichkeitsrecht (z.B. Schutz der Privatsphäre). Hintergrund: Grundrechte.

38. In der Verfassung ist verankert, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Erläutern Sie diesen Grundsatz!

Alle Menschen müssen von einem Richter oder einem sonstigen Gesetzesvertreter gleich behandelt werden, unabhängig von deren Aussehen, Rasse, Religion, Gesinnung, Verhalten oder sonstiger Vorgeschichte. Hierzu müssen die Gesetzesvertreter unvoreingenommen und unbestechlich sein. Vorurteile und Korruption schaden dem Grundsatz.

Umfangreiche Antwort Frage 38 mit Zitierung der Grundsätze

39. Einer Frau soll es nicht erlaubt sein, sich ohne Begleitung eines nahen männlichen Verwandten allein in der Öffentlichkeit aufzuhalten oder auf Reisen gehen zu dürfen: Wie ist Ihre Meinung dazu?

Das ist nicht akzeptabel, da es gegen das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit verstößt.

Weitere Erläuterungen zu Frage 39

40. Wer kann in der Bundesrepublik Deutschland einen Antrag auf Ehescheidung stellen?

Ein Anwalt eines Ehepartners. Sowohl Ehemann als Ehefrau können den Antrag unabhängig voneinander stellen. Mindestens einer der beiden Ehegatten muß sich von einem Anwalt vertreten lassen (sog. Anwaltszwang). Hintergrund: Scheidung, Quelle: § 1564 BGB, <http://dejure.org/gesetze/BGB/1564.html>

41. Beschreiben Sie den Grundgedanken der Gewaltenteilung!

Die Gewaltenteilung beinhaltet die Aufteilung der Gewalten in einem Staat; früher: Krone, Adel, Bürgertum; heute: Legislative (gesetzgebende Gewalt: Bundes- und Länderparlamente), Exekutive (ausführende Gewalt: die Regierungen), Judikative (Recht sprechende Gewalt: die Gerichte) und als vierte (nichtstaatliche) Gewalt noch die mediale Gewalt. Die Gewaltenteilung verhindert die Konzentration von zuviel Macht auf eine einzige Person (z.B. den König) oder eine einzige Bevölkerungsschicht (z.B. den Adel) und ist zwingendes Merkmal einer modernen, rechtsstaatlichen Demokratie. Hintergrund: Gewaltenteilung

42. Erläutern Sie den Begriff "Religionsfreiheit"!

Die Religionsfreiheit ist ein elementares Grund- und Menschenrecht, das u.a. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO und dem deutschen Grundgesetz aufgeführt ist. Religionsfreiheit umfasst die Freiheiten,

*

- o seine Religion zu wechseln
- o seine Religion allein oder in Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus ungestört zu bekunden (oder auch zu verheimlichen), wobei der Staat zu Neutralität bzw. Nichteinmischung angehalten ist.
- o in Deutschland auch die Freiheit, keinen Kriegsdienst leisten zu müssen (Art. 4 Abs. 3).

43. In Filmen, Theaterstücken und Büchern werden manchmal die religiösen Gefühle von Menschen der unterschiedlichen Glaubensrichtungen verletzt. Welche Mittel darf der Einzelne Ihrer Meinung nach anwenden, um sich gegen so etwas zu wehren, und welche nicht?

Hier stehen mindestens zwei Grundrechte gegeneinander: Das Recht der Künstler auf Meinungsfreiheit gegen das Recht der Gläubigen auf Religionsfreiheit.

Zulässige Mittel für einen Gläubigen, um sich gegen so einen Angriff zu wehren sind meiner Meinung nach alle solche friedfertigen, nicht gegen weitere Grundrechte der Künstler verstoßen, beispielsweise:

- den Film oder das Theaterstück selber boykottieren
- das Gespräch mit dem Künstler oder Veranstalter/Verleiher suchen
- zum Boykott des Films aufrufen, z.B. über Leserbriefe in Tageszeitungen oder durch Vertreter der eigenen Glaubensgemeinschaft
- sich Verbündete suchen und auf den Straßen gegen das Machwerk demonstrieren
- im Härtefall: Unterlassungsklage einreichen, ggf. eine Gegendarstellung fordern

Nicht zulässige Mittel sind solche, die nicht durch das Grundgesetz gedeckt werden. Insbesondere Gewalt, sei es gegen Sachen oder Personen, ist abzulehnen. Auch Bedrohungen gegen den oder die Künstler, z.B. über Telefon, sind zu unterlassen.

44. In Deutschland gibt es eine gesetzliche Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen. In welchem Alter beginnt die Schulpflicht, wann endet sie?

Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten.

Für Kinder, die bis zum 30. Juni das 6. Lebensjahr vollenden, beginnt die Schulpflicht am 1. August und dauert normalerweise *9 Jahre*.

Für Jugendliche, die nach Ende der 9jährigen Vollzeitschulpflicht weder eine weiterführende Schule besuchen noch in eine Berufsausbildung oder eine Maßnahme der Agentur für Arbeit von einjähriger Dauer eintreten, wird die Vollzeitschulpflicht um 1 Jahr verlängert. Somit dauert die Schulpflicht faktisch mindestens *10 Jahre*.

Hinzu kommen zahlreiche Sonderregelungen, vgl. § 56 - 68 Hessisches Schulgesetz <http://www.hessisches-kultusministerium.de/downloads/hschg.pdf>

So können Kinder unter Umständen schon früher eingeschult werden (sog. Kann-Kinder) oder bei entsprechendem Entwicklungsstand auch (in der Regel bis zu einem Jahr) später.

Auszubildende sind für die gesamte Dauer ihres Ausbildungsverhältnisses *berufsschulpflichtig*.

Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, sind in Hessen nach Erfüllung der auf 10 Jahre verlängerten Vollzeitschulpflicht für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum Ende des Schulhalbjahres, in dem sie das 18. Lebensjahr vollenden, zum Besuch der Berufsschule "berechtigt", jedoch nicht verpflichtet. In anderen Bundesländern dauert die Schulpflicht hingegen generell *bis zum 18. Geburtstag*.

Die Schulpflicht ist Ländersache und in den Bundesländern unterschiedlich geregelt, eine eindeutige Antwort auf die unzutreffend auf "Deutschland" Bezug nehmende Frage schon deshalb nicht möglich. Und: Asylbewerberkinder und Kinder von "geduldeten" Ausländern unterliegen in manchen Ländern, so auch in Hessen, überhaupt nicht der Schulpflicht(!).

In bestimmten Bundesländern ist eine Verkürzung der Schulpflicht auf 8 Jahre unter bestimmten Umständen, z.B. zur Begabtenförderung, bereits möglich. In Hessen will man dies demnächst auch zulassen.

45. Was ist der Grund für die gesetzliche Schulpflicht?

Als (gesetzliche) Schulpflicht bezeichnet man die gesetzliche Verpflichtung für Kinder, ab einem bestimmten Alter eine Schule zu besuchen. Diese muss durch die Erziehungsberechtigten (meist die Eltern) umgesetzt werden. Im Kontrast dazu steht die Bildungspflicht, die zwar Prüfungen vorsieht, jedoch keinen verpflichtenden, geschweige denn regelmäßigen Schulbesuch. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Schulpflicht durch die Gesetzgebung des jeweiligen Bundeslandes geregelt.

Gründe für eine staatliche Schulpflicht sind der Wunsch,

a) den Schülern eine möglichst gleiche und vergleichbare - und nicht individuell verschiedene - Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Für gleiche Regeln über größere Bevölkerungsschichten und Geographieräume hinweg kann jedoch nur eine grössere Organisation sorgen. In Deutschland hat diese Rolle der Staat übernommen.

b) die Teilnahme der Schüler am Unterricht gut kontrollieren zu können und ggf. auch polizeilich umzusetzen, auch, weil eben viele Kinder ihrer Schulpflicht nicht nachkommen und diese von den Eltern auch nicht durchgesetzt wird. Hier ist auch der Staat in der Verpflichtung, der die polizeiliche Umsetzung am besten durchsetzen kann.

Generell bietet eine Schul-, Unterrichts- oder Bildungspflicht, die über viele Jahre läuft, natürlich den Vorteil eines vergleichsweise hohen Bildungsstandards in breiten Schichten der Bevölkerung. Sie verhindert außerdem den Mißbrauch der Kinder für andere ungewünschte Zwecke z.B. zu übermäßiger Kinderarbeit oder Straftaten.

Hinweis: Es gibt durchaus auch parlamentarische Demokratien, in denen die Schulpflicht durch eine Unterrichtspflicht (z.B. in Österreich) oder eine Bildungspflicht (z.B. in den USA) ersetzt wird, in denen die Eltern bzw.

Erziehungsberechtigten teilweise viel größere Freiheiten haben, wie sie ihre Kinder erziehen möchten. In diesen Ländern hat der Staat keinen so hohen Einfluß auf die elterlichen Erziehungsmaßnahmen, wie traditionell in Deutschland, wo der Gleichheitsgedanke in den letzten vierzig Jahren sehr stark verfolgt wurde. Es wäre also durchaus - etwa im Rahmen eines demokratischen Spielraums - zulässig, auch die Schulpflicht in Frage zu stellen und eine Partei zu suchen oder zu unterstützen, die

eine zu starke Rolle des Staates zurückdrängt und die Schulpflicht durch eine Unterrichts- oder Bildungspflicht ersetzen möchte.

46. Nicht immer sind Eltern mit dem Verhalten ihrer Kinder einverstanden. Welche Erziehungsmaßnahmen sind erlaubt, welche verboten?

Sie können ihren Kindern kleine "Strafen" wie beispielsweise die Kürzung des Taschengelds auferlegen, sie dürfen sie aber nicht schlagen oder andere Gewalt anwenden.

Anmerkung des Buchverantwortlichen (der zwar seine eigene Meinung zum Thema hat, sich aber zum Neutral Point of View verpflichtet sieht): Hier stehen sich offensichtlich zwei Parteien unversöhnlich gegenüber:

Diejenigen, die ihre Kinder absolut gewaltfrei erziehen wollen (siehe Antwort 2 weiter unten), und diejenigen Eltern, die der Meinung sind, man müsse Kindern auch mal einen Klapps auf den Po geben (Antwort 1 weiter unten), damit sie es lernen, nicht auf die Straße zu rennen oder sich nicht zu absoluten Tyrannen zu entwickeln (siehe auch Supermarktbeispiel).

Es gibt Hinweise von verschiedenen Konfliktforschern, die der Meinung sind, die Abschaffung des Züchtigungsgebots hätte einerseits zu einer Minderung der Gewalt an deutschen Schulen beigetragen. Ob andererseits der Weg, Kindern alles zu erlauben, der richtige ist, ja, ob man als Elternteil überhaupt die Kraft dazu hat bzw. ob man nicht aus der Fürsorgepflicht heraus verhindern muß, daß sich Kinder zu den oben erwähnten Tyrannen entwickeln (sog. Maccho-Effekt an den Schulen, der von den Konfliktforschern als das in letzter Zeit größere Problem angesehen wird), wird aber auch bestritten.

Hier stehen sich dann zwei Grundsätze gegenüber: das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und die Fürsorgepflicht der Eltern, dem Kind eine gute Entwicklung mitzugeben.

In Punkto Züchtigung gibt es den gesellschaftlichen Konsens bisher also nur soweit, daß auf härtere Gewalt, die bei den Kindern bleibende körperliche oder seelische Schäden hinterläßt, zu verzichten ist. Ich denke, das weitere hängt von der jeweiligen Wertvorstellung der Erziehenden ab.

Die Abschaffung des Züchtigungsgebots im BGB wird von Kritikern einerseits mitunter auch als falsche, zu weit reichende staatliche Einmischung, ja Bevormundung in den Erziehungsbereich empfunden. Andererseits stellen sich anhand der Beispiele von verhungerten Kindern viele auch die Frage, ob und wie solchen Negativbeispielen einer versagenden elterlichen Erziehungstätigkeit besser entgegengewirkt werden kann.

Antwort 1:

Hier gibt es auch im gesellschaftlichen Konsens einen Wandel der Einstellung. Ging man bisher davon aus, daß der Wille der Kinder auch gebrochen werden könne, etwa durch kleinere Gewaltakte, wie zum Beispiel Ohrfeigen oder ein paar Schläge auf den Allerwertesten, so bemüht sich die heutige Erziehung, ganz ohne Gewalt auszukommen (was auch im Interesse des Grundgesetzes ist - es gibt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit auch für Kinder).

Dementsprechend sollte man als Erziehungsberechtigter sich bemühen, nur solche Erziehungsmaßnahmen zu benutzen, die den Willen des Kindes fördern und

entwickeln und z.B. Tugendbücher, Beispiele aus Erzählungen, Fabeln und Gedichten dabei zu verwenden. Auch religiöse Schriften wie die Bibel, der Talmud oder der Koran können als Tugendbücher oder moralische Instanzen dienen. Die Erziehungsberechtigten müssen sich bemühen, Ihre Werte, die sie gerne vermitteln möchten, durch eigene Vorbildfunktion, tugendhaftes Verhalten und moralische Klugheit ihren Kindern auch selbst vorzuleben.

Daß bei manchen Kleinkindern, die unbedingt ihren Kopf durchsetzen wollen, etwa schreiend auf dem Boden des Supermarktes liegen, nur der Einsatz eines Minimums an körperlicher Gewalt - z.B. Stopfen des Kindes in den Einkaufswagen - Abhilfe schafft, ist aber auch eine Binsenweisheit, die manche Pädagogen und Erziehungstheoretiker bis heute nicht gerne wahrhaben möchten.

Eltern und Erziehungsberechtigte haben natürlich auch eine Fürsorgepflicht, die zum Beispiel darin besteht, Kinder etwa ausreichend zu ernähren, warm genug zu kleiden, in die Schule zu schicken, die Schulaufgaben zu kontrollieren (und ggf. dabei zu helfen) oder auch Bedrohungen von außen (z.B. durch den Straßenverkehr, durch schlechte Medien oder durch Sexualstraftäter) abzuwenden. Insbesondere harte Gewalt (bei Babies zum Beispiel das Schütteln, um die Kinder ruhigzustellen), die bei den Kindern zu bleibenden geistigen oder körperlichen Schäden führen könnte, ist generell abzulehnen ebenso wie das Ablassen der eigenen Aggressionen an den Kindern.

Antwort 2:

Es sind keine Maßnahmen erlaubt, die Pflichten der Eltern entgegenstehen (Fürsorgepflicht). Verboten ist die im Grundgesetz verankerten Rechte des Menschen zu verletzen (Gewalt, Misshandlung ...). Erziehungsmaßnahmen sind Entzug von Privilegien, Durchsetzen von Anweisungen sowie die Aufklärung des Kindes über Recht und Ordnung. --[Thorber](#) 17:08, 11. Apr 2006 (UTC)

47. Welche Möglichkeiten haben Eltern, die Partnerwahl ihres Sohnes oder ihrer Tochter zu beeinflussen? Welche Handlungen sind verboten?

Die Partnerwahl durch die Eltern ist in unserem deutschen Staatswesen schon lang nicht mehr zeitgemäß (nicht zuletzt, weil sie gegen viele Grundrechte verstößt) und deshalb eine Tradition, die ich zwar aus meinem Heimatland mitbringe, aber ablege, wenn ich Deutsche(r) werde.

Eltern können nur beratend eingreifen, etwa in einem freundlichen bzw. vertraulichem Gespräch. Natürlich kann man auch einen Partner mit friedlichen Mitteln grundsätzlich ablehnen und, wählt das Kind trotzdem diesen Partner, zum Beispiele alle oder viele Kontakte abbrechen.

Verboten sind insbesondere solche Handlungen, die die Grundrechte der Kinder beeinträchtigen, z.B. Verschleppung in das Heimatland, alle Arten körperlicher Gewalt oder Bedrohung mit derselben, um eine gewünschte Hochzeit durchzusetzen oder eine ungewünschte Hochzeit zu verhindern.

Ist eine Person noch minderjährig, hat aber das 16. Lebensjahr vollendet, so können die gesetzlichen Vertreter (Eltern) laut §1303 BGB einer Hochzeit widersprechen. Dann entscheidet das Familiengericht, ob das Kind heiraten darf. Bei Kindern (< 14 Jahre) ist eine Heirat in keinem Fall erlaubt. Zudem haben die Eltern das Recht, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen. Somit können die Eltern verhindern, dass das Kind dem Partner begegnet. Umgekehrt ist es strafbar, das Kind zum Beischlaf mit

einer anderen Person aufzufordern oder dies auch nur zu erlauben, selbst wenn es sich dabei um den Partner handelt.

Wahlen, Parteien und Interessenverbände

48. Die Wahlen zu den deutschen Parlamenten müssen nach Artikel 38 der Verfassung

- * allgemein
- * unmittelbar
- * frei
- * gleich und
- * geheim

sein. Erklären Sie diese Wahlgrundsätze!

Allgemein bedeutet, daß grundsätzlich alle Staatsbürger wählen dürfen und wählbar sind. Einschränkungen gibt es nur bezüglich Alter, Staatsbürgerschaft, Wohnsitz und geistiger Handlungsfähigkeit. Unmittelbar bedeutet, daß die Wähler die Abgeordneten direkt mit ihrem Votum bestimmen, im Gegensatz etwa zum mittelbaren System der USA, wo Wahlmänner gewählt werden und zwischengeschaltet sind. Frei heißt, daß die Stimmabgabe ohne Druck und Einflußnahme von außen erfolgt. Geheim ist die Stimmabgabe, weil sie in einer Wahlzelle ohne Einblick für andere erfolgt, und gleich sind die Wahlen, weil jede Stimme unabhängig von der persönlichen Situation gleichviel zählt.

49. Erläutern Sie den Begriff "Mehrparteienprinzip"!

Das Mehrparteienprinzip lässt im staatlichen System mehr als eine Partei zu. In Deutschland werben zahlreiche Parteien gleichberechtigt um Wählerstimmen. Entsprechend ihres Stimmenanteils bei Wahlen ziehen sie in die Parlamente ein. Es gibt keine Einheits- oder Staatspartei.

Hintergrund: Mehrparteienprinzip"!

50. Begründen Sie, warum die Wahlen in der ehemaligen DDR nicht unseren demokratischen Wahlgrundsätzen entsprachen!

Die Wahlgrundsätze sind an einigen Stellen nicht eingehalten worden:

Erstes Beispiel: Es gab nur die Möglichkeit, eine sozialistische Einheitsliste zu wählen, welche von der SED dominiert wurde. So war zum Beispiel auch die CDU der DDR gezwungen, in diesen sozialistischen Einheitsblock einzutreten. Damit war aber der Grundsatz der freien Wahl gebrochen: Wahlen sind dann frei, wenn weder in die Aufstellung der Wahlvorschläge, in die Wahlwerbung oder in die Ausübung des aktiven oder passiven Wahlrechts von dritter Seite eingegriffen wird. Daß zum Beispiel auch Abgeordnete, die sich in der DDR für so eine Partei entschieden hatten, oftmals vom Volk dann nicht für voll genommen wurden (gängige Titulierung mit "Blockflöte" und ähnlichem), war letztlich eine logische Konsequenz daraus.

Zweites Beispiel: Wer zur Wahl kommt, wurde genau kontrolliert und es gab durchaus Fälle, in denen Personen, die nicht gewählt haben, zuhause aufgesucht und nachträglich noch zur Wahl zitiert wurden oder mit anderen negativen Konsequenzen zu rechnen hatten. Freie

Wahl beinhaltet aber grundsätzlich auch das Recht, sich zu entscheiden nicht zu wählen bzw. nicht zur Wahl zu gehen.

Drittes Beispiel: Ein weiterer Grundsatz ist die öffentliche und transparente Auszählung. Die zur Wendezeit beobachteten und aufgedeckten Wahlfälschungen zeigen, daß es hier offensichtlich auch zu erheblichen Manipulationen gekommen ist.

51. Welche Parteien sind derzeit im Deutschen Bundestag vertreten? Nennen Sie mindestens drei!

SPD, CDU, FDP

(Hinweis: hier wurden jetzt nur die drei stärksten Parteien nach Anzahl der Zweitstimmen in der letzten Bundestagswahl 2005 genannt. Siehe www.bundeswahlleiter.de Alle anderen Parteien finden Sie in der ausführlichen Seite).

52. Unter welchen Umständen können in der Bundesrepublik Deutschland politische Parteien und Vereine verboten werden? Würden Sie trotz eines solchen Verbots die Partei oder den Verein doch unterstützen? Unter welchen Umständen?

1.) Bei Parteien: Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit der Partei in einem genau festgelegten Verfahren. Bei Vereinen: Feststellung, daß die Zwecke des Vereins sich den Strafgesetzen entgegenstellen oder die verfassungsmäßige Ordnung, insbesondere die Gedanken der Völkerverständigung, negieren.

2.) Nein! Ich würde und werde solch eine Partei oder solch einen Verein unter keinen Umständen unterstützen!

53. Was sind Bürgerinitiativen?

Bürgerinitiativen sind ein Zusammenschluss von Bürgern, die sich für oder gegen ein bestimmtes politisches Ziel einsetzen (z.B. für oder gegen Atomkraftwerke, für oder gegen die Erweiterung eines Flughafens; für eine geringere Steuerlast; für die Rechte von ausländischen Flüchtlingen; für gleiche Rechte von Frauen; gegen noch mehr Bürokratie; etc.).

54. Nennen Sie zwei Interessenverbände aus dem Wirtschafts- und Arbeitsleben!

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), IG Metall (Industriegewerkschaft Metall), VERDI (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)

Parlament, Regierung und Streitkräfte

55. Wo finden die Parlamentssitzungen des Deutschen Bundestages statt?

Im Plenarsaal des Bundestags, im Reichstagsgebäude in Berlin

56. Wie oft findet die Wahl zum Deutschen Bundestag in der Regel statt?

alle vier Jahre

57. Wie heißt die Vereinigung von Abgeordneten einer Partei im Parlament?

Fraktion. Hintergrund: es können auch mehrere Parteien eine Fraktion bilden, z.B. aktuell bilden die CDU und die CSU eine gemeinsame Fraktion.

58. Für die Abgeordneten in den Parlamenten gilt der "Grundsatz des freien Mandats". Was heißt das?

Die Abgeordneten sind nur ihrer persönlichen Überzeugung verpflichtet. Sie können weder von Ihrer Partei bzw. Fraktion noch von ihren Wählern dazu gezwungen werden, im Parlament zu einer bestimmten Frage in einer bestimmten Weise (ja/nein/Enthaltung) abzustimmen.

59. Was bedeutet die "Fünf-Prozent-Klausel" bei der Wahl zum Deutschen Bundestag?

Parteien, die weniger als 5 % der Stimmen erhalten, können keine Abgeordneten in den Bundestag schicken. Die auf solche Parteien entfallenden Wählerstimmen werden bei der Zusammensetzung des Bundestages also nicht berücksichtigt.

60. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich mit Beschwerden und Vorschlägen auch an besondere Ausschüsse der Parlamente wenden. Wie heißen diese Ausschüsse der Volksvertretungen in Bund und Ländern?

Petitionsausschuß

61. Wie ist die Amtsbezeichnung des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland?

Bundpräsident der Bundesrepublik Deutschland bzw. Bundespräsidentin der Bundesrepublik Deutschland; kurz: Bundespräsident, Bundespräsidentin

62. Was ist das Bundeskabinett?

Das Bundeskabinett besteht aus der Bundeskanzlerin und allen Ministern der deutschen Bundesregierung

63. Welche Amtsbezeichnung hat der deutsche Regierungschef?

Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland; kurz: Bundeskanzlerin, Bundeskanzler

64. Wie heißen die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland?

Bundeswehr

65. Wann und zu welchem Zweck wurden sie gegründet?

Gegründet wurde die Bundeswehr am 5. Mai 1955. Zweck der Bundeswehr ist, generell, die Verteidigung des deutschen Staates und seiner Verbündeten (im sog. NATO-Bündnisfall) nach außen hin. Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf.

Nach aktueller Auftragsauslegung (siehe Bundeswehr-Homepage, Kapitel "Grundlagen"), beschränkt sich Verteidigung heutzutage nicht mehr nur rein geographisch auf die grenznahe Verteidigung gegen einen konventionellen militärischen Angriff. Die Bundeswehrstreitkräfte werden auch international zur Konflikt- und Krisenverhütung bzw. -bewältigung eingesetzt, weil, insb. durch extreme terroristische Anschläge, etwa den Anschlag auf das World Trade Center 2001 und die Anschläge in Madrid und London, davon ausgegangen werden muß, daß moderne Bedrohungsszenarien sehr unterschiedlicher Natur sind und eben auch terroristische Anschläge einbeziehen. Diese kann man, aufgrund ihrer Hinterhältigkeit und des globalen Handelns von Terroristen, nicht nur auf eigenem Boden abwenden. Hier ist die Bundeswehr deshalb gefordert, eben auch international neue Verteidigungsaufgaben frühzeitig wahrzunehmen, um eine globale terroristische Verlagerung örtlicher Krisen irgendwo in der Welt mit negativen Auswirkungen auf das deutsche Volk rechtzeitig abzuwenden.

Hintergrund der Gründung der Bundeswehr war in der Geschichte der Ende der vierziger Jahre mit der Berliner Luftbrücke begonnene, sog. "kalte Krieg" und der daraus mit den Pariser Verträgen resultierende Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO (North Atlantic Treaty Organisation). Im kalten Krieg ging es in erster Linie um die mit nicht-militärischen Mitteln ausgetragene Auseinandersetzung zwischen dem Warschauer Pakt mit der Sowjetunion als führendem Staat Osteuropas und der NATO unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), zu der jedoch auf beiden Seiten auch der Aufbau massiver militärischer Strukturen und einem dementsprechenden, auch atomaren, militärischen Drohpotential in Zentraleuropa führte. Hintergrund waren unterschiedliche Lebensvorstellungen, es ging in der Bundesrepublik Deutschland um die, eben, falls nötig, auch militärische Verteidigung einer freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie gegen die sozialistische Diktatur der Sowjetunion (UdSSR). Die Bundeswehr war hierbei der militärische Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigung des, eben auch in ihrer Verfassung festgeschriebenen freiheitlichen und menschenwürdigen Gedankenguts. Es mag noch angemerkt sein, daß die Gründung der Bundeswehr ca. 10 Jahre nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg seinerzeit nicht unumstritten war. Dem trägt der im Grundgesetz niedergeschriebene Vermerk, die Streitkräfte dienen ausschließlich der Verteidigung, Rechnung. Man wollte damit vermeiden, daß vom deutschen Boden aus jemals wieder ein Aggressionskrieg ausgehen könnte.

Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat

66. Deutschland ist ein Bundesstaat. Was bedeutet das?

Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Diese Bundesländer haben eigene Parlamente, Regierungschefs und Landesregierungen. Die Bundesländer haben das Recht, einige Politikbereiche, wie z.B. ihre Bildungspolitik (Schule und Universitäten), die Verfügungsgewalt über die Polizeikräfte oder die Baupolitik (z.B. Bauvorschriften) selber zu regeln. Während in einem Bundesstaat die einzelnen Regionen (in Deutschland: die Bundesländer), die sich zu einem Bund zusammenschließen (daher der Name), einen Teil ihrer politischen Macht behalten, ist einem Zentralstaat die politische Macht eher zentral organisiert und es werden alle Politikbereiche zentral entschieden.

67. Wie heißt die Vertretung der deutschen Länder auf Bundesebene?

Bundesrat. Hintergrund: Laut Verfassung ist der Bundesrat zwar ein Bundesorgan, genau wie der Bundestag, die Antwort ist jedoch faktisch und bezogen auf die politische Praxis richtig.

68. Die Bundesrepublik Deutschland hat einen dreistufigen Verwaltungsaufbau. Wie heißt das unterste politische Gemeinwesen?

Gemeinde / Kommune (also eine Stadt oder Gemeinde, die einen eigenen Bürgermeister und ein eigenes Gemeindeparlament hat)

69. Wie lautet die Amtsbezeichnung der Regierungschefs der meisten Bundesländer?

Ministerpräsidentin, Ministerpräsident

70. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat. Was bedeutet Rechtsstaat?

Der Bürger kann sich, wenn er sich durch eine andere Person, eine Institution oder den Staat in seinen Rechten verletzt fühlt, an ein Gericht bzw. an die Justiz wenden, um den Fall vor Gericht zu bringen (z.B. eine Strafanzeige gegen einen anderen Bürger wegen Körperverletzung stellen). Die Gerichte sind bei ihren Entscheidungen unabhängig, also nur an die Gesetze gebunden.

71. Die Rechtsordnung verbietet, privat Vergeltung zu üben oder das Recht auf eigene Faust durchzusetzen. Das Opfer einer Straftat darf an dem Täter keine Rache nehmen. Wem steht alleine die Strafgewalt zu?

Den Gerichten (Strafgerichten) bzw. der Judikative

72. Wie heißt das höchste deutsche Gericht?

Das Bundesverfassungsgericht. Hintergrund: die von einigen Juristen in der HR2-Hörfunk-Sendung "Der Tag" am Mittwoch, dem 22.3. in Umlauf gebrachte Antwort "Amtsgericht Titisee/Neustadt (Schwarzwald; nach kartographischen Höhenmetern wohl das höchste deutsche Gericht)" wäre eigentlich korrekt, wird hier aber wohl nicht erwartet. Der Hinweis, daß das Bundesverfassungsgericht nicht "höher" ist als andere Bundesgerichte, etwa das Bundesverwaltungsgericht, ist auch korrekt.

73. Was ist unter der Unabhängigkeit der Gerichte zu verstehen?

Die Gerichte sind bei Ihren Entscheidungen nur an die Gesetze, aber nicht an konkrete Vorgaben von Regierungen, Polizei, Parlamenten usw. gebunden.

74. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Sozialstaat. Nennen Sie drei Elemente der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland!

Arbeitslosenversicherung
Krankenversicherung
Rentenversicherung

Deutschland und Europa

75. Wie heißt die politische Vereinigung der europäischen Staaten? Nennen Sie mindestens fünf Mitgliedsstaaten!

EU (Europäische Union), Hintergrund: Korrekt, wenn auch nicht im Sinne des Fragestellers, wäre allerdings "Europarat". Der Europarat ist die politische Vereinigung ALLER europäischen Mitgliedsstaaten

(bezogen auf die europäische Union:) Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Luxemburg, Belgien, Niederlande, Österreich, Ungarn, Portugal, Griechenland, Polen, Tschechische Republik,...

76. In welcher Stadt hat das Europäische Parlament seinen Sitz?

In Straßburg. Dazu aber auch noch weitere Sitze in Brüssel (Fraktionen und Ausschüsse) und Luxemburg (Generalsekretariat).

77. Bei welchen Wahlen können in der Bundesrepublik Deutschland EU-Bürger / -Bürgerinnen mitwählen?

bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und
bei Kommunalwahlen (Wahlen zu den Parlamenten der Städte, Gemeinden und Landkreise, vgl. Art 28 Abs. 1 Grundgesetz)

Anmerkung: Da auch deutsche Staatsbürger EU-Bürger sind, könnte die korrekte (aber wohl nicht gemeinte) Antwort auch sein: bei allen Wahlen (siehe dazu auch die Diskussion).

78. Wie heißt das Organ der EU, das die Gemeinschaftspolitik plant und die Entscheidungen ausführt?

Europäische Kommission (auch: EU-Kommission)

79. Welchem internationalen Verteidigungsbündnis gehört die Bundesrepublik Deutschland an?

NATO (North Atlantic Treaty Organisation)

Kultur und Wissenschaft

80. Nennen Sie drei deutsche Philosophen!

(eine Auswahl:) Kant, Lessing, Marx, Hegel, Nietzsche, Schopenhauer, Adorno...

81. Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller gelten als Deutschlands berühmteste Dichter. Nennen Sie jeweils ein Werk der beiden Dichter!

Goethe: Faust

Schiller: Die Räuber

82. Nennen Sie einen deutschen Literatur-Nobelpreisträger!

(in alphabetischer Reihenfolge:) Heinrich Böll, Rudolf Eucken, Günther Grass, Gerhart Hauptmann, Paul Heyse, Thomas Mann, Theodor Mommsen. Hermann Hesse wurde 1924 Schweizer Staatsbürger (Nobelpreis 1946), Nelly Sachs war seit 1952 schwedische Staatsbürgerin (Nobelpreis 1966).

83. Welcher Deutsche komponierte in seiner 9. Sinfonie am Schluss die berühmte "Ode an die Freude"? Nennen Sie zwei weitere deutsche Musiker bzw. Komponisten!

Beethoven

Händel, Bach, ...

84. Der deutsche Maler Caspar David Friedrich malte auf einem seiner bekanntesten Bilder eine Landschaft auf der Ostseeinsel Rügen. Welches Motiv zeigt dieses Bild?

Kreidefelsen. Das Bild heißt "Kreidefelsen auf Rügen".

85. In Kassel findet alle fünf Jahre eine der bedeutendsten Ausstellungen moderner und zeitgenössischer Kunst statt. Welchen Namen trägt diese Ausstellung?

documenta

86. Die Bundesrepublik Deutschland hat bedeutende Universitäten. Nennen Sie drei Universitätsorte!

(eine Auswahl): Wuppertal, Frankfurt/Main, Kassel, Gießen, Marburg, Hamburg, München, Berlin, Leipzig, Köln, Düsseldorf, Heidelberg, Tübingen...

87. Nennen Sie drei überregionale deutsche Tageszeitungen und zwei öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten!

Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, "Bild"zeitung, Süddeutsche Zeitung SZ, ...

ARD, ZDF, Hessischer Rundfunk, ...

88. Erläutern Sie den Begriff "Meinungs- und Pressefreiheit"!

Presse (Zeitungen), Rundfunk (Radio, Fernsehen) und andere Veröffentlichungen sind in ihrer politischen Meinung unabhängig und unterliegen keiner staatlichen Zensur.

Der Bürger kann seine politischen Meinungen in der Öffentlichkeit frei äußern.

Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen in den Strafgesetzen, z.B. ist es unzulässig, daß eine andere Person beleidigt wird, oder daß öffentlich zu Gewalttaten aufgerufen wird, oder dass der Nationalsozialismus oder Hitler verehrt oder deren Verbrechen geleugnet werden.

89. Wenn jemand sagt: "Freie Medien sind ein unverzichtbarer Teil einer demokratischen Gesellschaft". Stimmen Sie dem zu oder nicht?

Ja, ich stimme zu. Die politische Freiheit der Medien, daß die Medien ungehindert von politischer bzw. staatlicher Zensur arbeiten können und das Grundrecht der Meinungsfreiheit haben (und daß die Medien sich vornehmen, damit auch korrekt umzugehen, und einen Ehrenkodex für Journalisten einzuhalten), ist für mich ein unverzichtbarer Teil einer demokratischen Gesellschaft.

90. In den deutschen Kinos startete 2004 der Film "Das Wunder von Bern". Auf welches sportliche Ereignis nimmt der Film Bezug?

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Bern, 1954. Sieg des deutschen Teams gegen den Favoriten Ungarn.

91. In welcher deutschen Stadt fanden letztmals die "Olympischen Sommerspiele" statt und von welchem Ereignis wurden sie überschattet?

München 1972

Anschlag einer palästinensischen Terrorgruppe auf die israelische Olympiamannschaft

92. Zum gesellschaftlich-kulturellen Bild der Bundesrepublik Deutschland gehören Sportarten und Sportler. Nennen Sie drei bekannte deutsche Sportler!

Franz Beckenbauer, Katarina Witt, Gustav-Adolf "Täve" Schur.

Hinweis: auf der Diskussionsseite läuft ein Kandidatenwettbewerb, wer da jetzt endgültig genannt werden soll.

93. Was hat Johannes Gutenberg erfunden?

Den Buchdruck mit beweglichen Lettern

94. Welche Personen gelten in Deutschland als Pioniere des Automobilbaus? Nennen Sie zwei Namen!

(eine Auswahl:) Karl Benz, Gottlieb Daimler, Ferdinand Porsche, Nicolaus August Otto, Adam Opel

95. Welcher deutsche Physiker hat mit seiner Entdeckung im Jahre 1895 die medizinische Diagnose bis zum heutigen Tag revolutioniert?

Wilhelm Conrad Röntgen

96. Was gelang dem deutschen Wissenschaftler Otto Hahn erstmals 1938?

Die Kernspaltung (Atomkernspaltung)

97. Welcher deutsche Arzt entdeckte die Erreger von Cholera und Tuberkulose?

Robert Koch. Hintergrund: Die Frankfurter Neue Presse weist allerdings darauf hin, daß der italienische Anatom Filippo Pacini das Cholera-Bakterium "vibrio cholerae" schon 1854 und somit 30 Jahre vor Koch entdeckt habe (FNP 23.03., S.3). Verweise: Cholera, Tuberkulose

Deutsche Nationalsymbole

98. Welche Farben hat die deutsche Bundesflagge und wie sind sie angeordnet?

Von oben nach unten: schwarz, rot, gold
(Gold und nicht gelb, obwohl in Wirklichkeit diese Fahnen überall und immer nur schwarz, rot, gelb sind...)

99. Wie heißt der Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland und wann wird er begangen?

Tag der deutschen Einheit, 3. Oktober

100. Wie heißt die deutsche Nationalhymne und mit welchen Worten beginnt sie?

Deutschlandlied oder "Lied der Deutschen" oder 3.Strophe des Deutschlandlieds.
Der erste Satz der für uns relevanten dritten Strophe lautet "Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland" und spielt auf die Zersplitterung und Kleinstaaterei Deutschlands vor 1871 an.

Hintergrund: Durch Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss im Mai 1951 wurde das (ganze) "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben und Joseph Haydn zur Nationalhymne erklärt, bei staatlichen Anlässen sollte jedoch nur die dritte Strophe gesungen werden.

Im November 1991 deklarierte ein Briefwechsel zwischen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl allein die dritte Strophe des Deutschlandliedes zur Nationalhymne.

Quelle:

http://de.wikibooks.org/wiki/Lehrbuch_Einb%C3%BCrgerungstest_Hessen/_100_Fragen_und_100_hoffentlich_ausreichende_Antworten